

Bezugsgebühr:

Bezugsgebühr 2 Mk. zu 10 Pf. ; auch
bis 10 Pf. zu 10 Pf.

Die "Dresdner Nachrichten" erhalten
seitlich Morgen; die Bezieher in
Dresden und der näheren Umgebung,
wo die Ausgabe durch diesen Zeitung
oder Sonntagszeitung erfolgt, erhalten
sie statt an Sonnabend, die
nicht auf Samm. oder Sonntags liegen,
in zwei Theilen am Abend und
Morgen aufgeteilt.

Die Woche eingehender Zeitungen
kann hier bestimmt werden.

Berichtszeitung:
Am 1. Nr. 11 und Nr. 2000.

Telegramm-Adresse:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Ofen und Herde, Haush., Küchen- und
Landwirtschafts-Geräthe.

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 35.

Anzeigen-Carit.

Die Annahme von Zeitungsanträgen
erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und
den Nebenabsatzstellen in Dresden
bis Nachmittag 1 Uhr. Von 1 bis 11 Uhr
ist nur Morgenzeitung ab 10 Pf. An
Anträge auf der Arbeitsschule Sei-
te 18; die zugehörige Seite ab
"Eingang" über auf Zeitung
10 Pf.

Die Annahme von Sonn- und Feiertags-
zeitungen 1. des 2. Halbjahrs Grundpreis
20. 40 bis 50 und 60 Pf. nach
besonderem Tarif.

Kaufmännische Anträge nur gegen
Gegenleistung.

Zeitungsländer werden mit 10 Pf.
belastet.

Max Roll, Cigarrenhandlung
Zöllnerstrasse DRESDEN Ecke Striesenstr.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die
„Dresdner Nachrichten“.

Auhorns Nährcafe
Petzold & Auhorn A.-G.
DRESDEN.
Höchster Nährwert! •
Grobster Wohlgeschmack!
Leichteste Verdaulichkeit!

Corn-Pflaster
zur Besserung jeder harten Hautbeschaffenheit, als:
■ Hähnenaugen, Warzen, Hornhaut etc.
Versand nach auswärtige Carton 30 Pf.

Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse No. 1-3 (Hotgebäude).

Nr. 44. Spiegel: Englisch-Japanisches Abkommen. Hofnachrichten. Reich und Bundesstaaten. Landtag. Mathematische Witterung. Frostwetter. Freitag, 14. Februar 1902.

Der englisch-japanische Bündnisvertrag.

Die auswärtige Politik hat eine "Sensation" zu verzeichnen in Gestalt des Bündnisvertrages, der zwischen England und Japan abgeschlossen worden ist, eine Sensation, die dadurch noch unüblicher erscheint, daß von der Veröffentlichung des Abkommens nicht, wie sonst üblich, zunächst Abschied genommen wird, sondern daß sie kaum zwei Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrages, also in merkwürdiger Stille, erfolgt. Das läßt tiefe Blicke, würde Herr Gabor sagen, und in der That kann nicht gelogen werden, daß das ganze Karum und Doran, das an dieser Vereinbarung hängt, einen lebhaften Einblick in die Höllestaten Englands im fernen Osten und die immer gewaltiger sich entfaltende Machtentwicklung Russlands gegen die vollkommene Loyalität der deutschen Politik im fernen Osten ausschließt.

Dem europäischen Kenner der englischen "Vertragstreue" müssen die Japaner, die mit einer gewissen offiziell-nationalen Vertrauensstiftung den Briten in's Corn gelassen sind, eigentlich leid tun. Die Engländer haben nicht umsonst den ominösen Beinamen der "modernen Punter", der ihre kriegerische Treulosigkeit verewigt, erhalten. Auch in dem Abkommen mit Japan tritt bei einer genaueren Prüfung der einzelnen Bestimmungen der vom Standpunkt der Gegenseitigkeit und der gleichen Rechte und Pflichten außerordentlich fragwürdige Charakter der Verabredung deutlich zu Tage. Wenn man nämlich auf der politischen Waage die Gerichte nach Maßgabe dieses Übereinkommens vertheilt, dann findet die englische Schale, mit einer Fülle von Vortheilen bedacht, wuchtig zu Boden, während die japanische Schale lediglich in die Höhe schlägt. Der Bündnisvertrag schreibt u. A. vor, daß wenn einer der beiden Kontrahenten in einem Krieg mit einer anderen Macht verwickelt wird, der andere Theil strenge Neutralität bewahren soll. Hingegen soll der andere Theil dann nur befohlenen Hilfeleistung verpflichtet sein, wenn der kriegsführende Verbundete noch von einer weiteren Macht gleichzeitig angetroffen wird. Nun ist aber wohl kaum zu bestreiten, daß als unabschließende Beweisstellung, die in Ostasien zu befürchten ist, ein Zusammenschluß zwischen Russland und Japan wegen Koreas destruktiv werden muß. Für diesen Fall haben sich die Engländer vorher ausgerechnet, daß Frankreich dann schwierig seinem russischen Verbündeten mit Waffengewalt beistehen würde. Somit besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß Japan einen solchen Streit allein ausfechten müßte, und die von England so vorauswahlt vertragliche "Neutralität" würde dann in Wirklichkeit gar keine Gegenleistung darstellen, weil England sie so wie so, auch ohne Vertrag, zu beobachten gewangen wäre. Käme es aber einmal zu einem gemeinsamen russisch-französischen Vorgehen gegen die östlichen Besitzungen Großbritanniens — und das ist die fändige furchtbare Sorge, die jedem englischen Staatsmann und Politiker Alldräcul verursacht —, dann wäre zu englischen Gunsten der "Blindfall" gegeben und Japan müßte seine Haut für engerliche Interessen zu Markt tragen. Ueberdies ist zu beachten, daß sowohl der Vertrag selbst wie namentlich die von amtlicher Londoner Seite dazu gegebenen "allgemeinen Erläuterungen" derartig verlaufen sind, daß es der britischen Doppelzüngigkeit nicht schwer fallen dürfte, in jedem gegebenen Augenblick den Vorlauf zu drehen und zu deuten, daß von einer Verpflichtung der Engländer, zu japanischen Gunsten das Schwert zu ziehen, nichts mehr übrig bleibt.

Soweit die besonderen englischen Wünsche in Betracht kommen, stellt das Abkommen mit Japan erst den einen Theil einer höheren Konstellation dar, in der auch die Vereinigten Staaten von Amerika und das Deutsche Reich eine Rolle spielen sollen. Amerika scheint, wenn man den letzten Wiedergaben englisch-amerikanischen Urteilszuflusses trauen darf, tatsächlich nicht mehr weit von dem Ansatzpunkte an ein solches Bündnis entfernt zu sein. Dieser Tage verlautete bereits aus Washington, daß die Vereinigten Staaten sich dem Bündnisse Japans und Großbritanniens gegen das Mandchukurreich angeschlossen hätten, da dieses "die amerikanischen Interessen bedrohe", und jetzt wird aus New-York berichtet, daß die Verhandlungen, die zu dem englisch-japanischen Vertrage führten, mit Wissen und Zustimmung der Vereinigten Staaten stattfanden, deren "einziges Interesse" ist, in China für kommunistische Zwecke die Thür offen zu halten. Von Deutschland will eine Berliner Medien wissen, daß es an den in London geführten Verhandlungen über den Vertrag beteiligt gewesen sei. Es sei indessen "strenghes Geheimnis", in welcher Beziehung Deutschland zu dem Abkommen stehe; jedoch sei "Grund zu der Annahme" vorhanden, daß es durch separate Verständigung mit den Vertragschließenden keine Interessen gesichert habe". Eine deutsch-englische Vereinbarung über Ostasien besteht bereits zu Recht. Sie ist vom 16. Oktober 1900 datirt, beruht auf dem Grundsatz der "offenen Thür", d. h. daß die Hölle Chinos dem Handel für die Angehörigen aller Nationen unbedenklich gestattet seien, und will jenseits Neuerwerbung von Landbesitz in China durch die beiden Vertragsparteien ausklüpfen. Für den Fall, daß eine andere Macht auf weiteren Landverlust bedacht sein sollte, behalten beide Kontrahenten sich vor, "über etwaige Schritte zur Sicherung ihrer eigenen Interessen in China sich vorher zu verständigen". Diese Klausel begegnete damals in der deutsch-nationalen Presse lebhaften Bedenken, weil sie den Eindruck einer direktten Stellungnahme gegen Russland in der Mandchukurrechtsfrage machte. Indessen wurden alle derartigen Versicherungen durch die gleich darauf abgegebene Erklärung des Reichskanzlers Grafen Bülow zerstreut, daß die Mandchukurei uns viel zu fern liege, als daß wir uns um ihretwillen einen Konflikt mit Russland auf den Hals zu ziehen in der Lage seien. Da sich nun in der Zwischenzeit das deutsch-englische Verhältnis nicht bloß von Volk zu Volk zusehends verschärft hat, sondern auch die amtlichen deutsch-englischen Beziehungen neuerdings eine merklich tiefere Form angenommen haben, während wir mit Russland auf dem deutlich besten freundlich-barathlichen Fuße leben, so brauchen sich unsere patriotischen Kreise wohl kaum der Besorgniß hinzugewen, daß unser Diplomatie den englischen Dokumenten unterlegen sein und sich in eine Sadgasche in Ostasien auf Anhieb des englisch-japanischen Bündnisses verbannt haben könnten. Die deutsche öffentliche Meinung wird bis zum Beweise des Gegentheils das feste Vertrauen zum Großen Bülow hegen müssen.

Witthausen die Japaner geflüchtet haben, wissen die Götter. Eine Hauptrolle wird jedenfalls das liebe Gold gespielt haben, und darauf deutet auch der Umstand hin, daß die japanischen Finanzschwierigkeiten mit einem Male beseitigt sind, während noch vor wenigen Wochen die japanische Regierung ihre Anteile vergeblich an allen möglichen europäischen und überseischen Märkten ausbot. Jedemal haben dann die Japaner die verlustreiche Unterführung durch die Londoner Güterhafen unverhältnismäßig steuer erlaubt. Vielleicht ist ihnen davon schon eine Abmilderung aufgedämmt angesichts der Bevölkerung, mit der die Engländer in demselben Augenblick, wo sie das Bündnis mit Japan schließen, ihre Stellung in Weihaiwei bedingungslos preisgeben, um nur noch der guten Regel, daß Vorsicht der bessere Theil des Tropfes ist, aus der unmittelbaren Nähe der drohenden russischen Feuerstielhunde fort zu kommen und ihren neuen Verbündeten die Wahrheit des Sozes vor Augen führen, daß weit davon gut vor dem Schuh ist. Noch schächtert aber düstern den Japanern wohl die Entführungen auf die Rennen fallen, die gerade jetzt von amtlicher deutscher Stelle über die englische Treulosigkeit gegenüber Amerika vor dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges gemacht worden sind. Die Engländer fliehen seit jener Zeit von Freundschaftsversicherungen gegenüber Amerika über und haben neuerdings erklärt, ihre Soldatik mit Amerika sei damals so weit gegangen, daß sie sogar „zu mehr als diplomatischen Mitteln“ bereit gewesen wären, um die Amerikaner gegen eine drohende europäische Koalition zu schützen; nur an dieser englischen Energie sei jene Koalition gescheitert. Und nun kommt der deutsche "Reichsanzeiger" und verbündet förmlich und feierlich aller Welt, daß es gerade der englische Botschafter in Washington gewesen ist, der vor dem Ausbruch des Krieges mit Spanien der amerikanischen Regierung in den Rücken zu fallen und, wiewohl vergeblich, die Vertreter der übrigen Mächte gleichfalls dazu aufzufachen versuchte! Man muß sich unvollständig fragen, ob nicht am Ende die Amerikaner genötigt sein werden, nach diesen Feststellungen ihre freundliche Haltung gegenüber dem englisch-japanischen Bündnis einer Nachprüfung zu unterziehen. Den Japanen aber dürften ähnliche Erklärungen mit der englischen "Vertragstreue" kaum erwartet bleiben. Dann werden sie zu spät erkennen, daß ihr Abkommen mit England gegen Russland dem Vertrage zwischen einem Löwen und einem Hirsch gleich, bei dem Japan nicht die Signatur des Löwen macht.

Neueste Drahtmeldungen vom 13. Februar.

Mehrere eingehende Nachrichten befinden sich Seite 4.) Berlin. (Biw.-Tel.) Reichstag. Der Reichstag beginnt die Beratung des Böhlerts. Abg. Singer (Soz.) bewirkt eine allgemeine Verkürzung des Staatssekretärs, wonach Beförderung von Geschäftsvorwürfen von Wohlhabungsvereinen, Kronleuchtern etc. zum Drachenhaupt erfolgen soll. Ferner fordert er, in welcher Weise bei der Verwaltung die Arbeitslosigkeit zu mildern verucht werde. Er rügt, daß gerade Maßnahmen retroaktiv würden, die eher auf das Gegenteil einer Milderung der Arbeitslosigkeit hinausliefen. So würden in einer Verkürzung der Oberpostdirektion in Hannover alle Anträge auf Personalvermehrung abgelehnt werden, wenn des Rückgangs der Überzahl der Postbeamten. Es wäre geraden Absurd, wenn jede Oberpostdirektion in dieser Beziehung machen könnte, was sie wollte. Weiter fragt Redner über die Überwachung der Beamten auch in außerterritorialer Beziehung; so seien in Köln stante Beamte, die zur ärztlichen Anordnung dienstlich seien, zum Wiedereintritt in den Dienst förmlich zu drängen verucht worden. Dabei schaffe der erzwungene Verzug auf noch ein Baar Tage Schonung die Geist. Dennoch noch Hinfällig reicht noch wieder von neuem ertrank. Viele bauen sich auch die Fälle, in denen gegen Unterbeamte wegen Malversationen Anklage erhoben werden müßten, die Schuld hieran liege in der schlechten Entlohnung. Man sollte die Gehälter dieser Beamten erhöhen, statt daß man ihre Würde noch herabdrücke durch Verkürzungen, in denen man sie vor leichtfertigen Schuldentlastungen schützen möglicht das System der Zulagen für die sog. gehobenen Stellen, solange diese Zulagen nach Willkür geachtet würden. Ein hartes Stück sei es, daß der Leipziger Oberpostdirektor seine Unterkontrahenten gehindert habe, eine Petition um Gehaltsaufholung an den Reichstag abzulegen. — Staatssekretär Kraette. Es liegt niemals in unserer Absicht, das Petitionsrecht unserer Beamten zu verhindern. Es ist mir über den Leipziger Fall auch nichts bekannt. Der Staatssekretär verfügt, an einer bedeutsamen Sitzung des Vorredners, daß auch diejenigen Hilfsarbeiter aus dem Militärrichteramt stehende, die nicht gelöst hätten, die ihnen auf Grund des Richteramtsdienstleistungs austrittenden Beziege erhalten würden. Eine Herauslösung des Postos ist die vom Vorredner erwähnte Gesichtswapperei könne er nicht in Aussicht stellen. Die Rädigung an die Postbeamten, wegen der Überbreitung der Dienstzeit, ist ebenso unmöglich wie auszudenken, sei von der Centralstelle ausgegangen. Was die Kontrolle der Kranken anlangt, so könne es natürlich nicht darauf ankommen, ob einer acht oder neun Tage dem Dienst bleibe, aber eine gewisse Beaufsichtigung sei doch notwendig. Die vom Vorredner geratige Verkürzung der Kieler Oberpostdirektion, worin die Unterbeamten vor leichtfertigen Schuldentlastungen gewarnt werden sollen, sei nur zu billigen Angesichts der Erfahrungen, die gelegentlich gemacht würden. Es handle sich hier um kein Spionieren, es solle nur verhindert werden, daß die Beamten unter Umständen in die Hände von Bücherern fallen. Was dann die Genehmigung von Zulagen für die sog. gehobenen Stellen anlangt, so waltet bei seiner Oberpostdirektion die Sitte ob, die Dienstältesten von der Zulage auszuweichen, es wird stets nur nach der Tüchtigkeit gefragt. Keiner kommt durch unerlaubte Mittel in eine gehobene Stelle. — Abg. Gröber (Centr.) beantragt die Verlegung des Überseeanstandes mit Württemberg wegen gemeinsamer Postvertriebenen, sowie eine Witterung darüber, welche Wirkung das Abkommen auf die Porto-Zinnabnahme haben werde. Auf Vorredner Gröbers wird die Revolution an die Budgetkommission verweisen. — Abg. Werner (Natr.) bemängelt das System der Gratifikationen, wodurch Spezialhelden geziert werden, und wünscht Vermeidung der Missionszettel und Aufhebung der Gehälter dieser Beamtenklasse. — Abg. Müller-Sagan (fr. Postsp.) Es war vorauszuweisen, daß der Sturm- und Drangperiode des letzten Staatssekretärs, früheren Hukarengeneral, zeitigen Landwirtschaftsministers und vielleicht späteren Handelsministers eine Zeit der Ruhe und Sammlung folgen werde. Diese Ruhe ist freilich heute in der Budgetkommission geblieben, indem dort von den Herren Brinck Apenberg, Sved u. A. eine Erhöhung der Tarife fordert werden. Außerdem hat Brinck Apenberg in der Kommission sich gegen jede Aufhebung von Unterbeamtengehältern erklärt, weil die Bauern heute schon der Meinung seien, die Unterbeamten stünden besser da, als die Bauern — Präsident Graf Ballhausen: Ich habe es früher schon einmal für unzulässig erachtet, bei Mitteilungen aus der Kommission Namen von Abgeordneten zu nennen. Es verträgt sich das nicht mit dem vertraglichen Charakter der Kommissionsberatungen. — Abgeordneter Müller-Sagan weiß darauf hin, daß ja in der Presse die Namen doch gebracht würden. — Präsident Graf Ballhausen: Was die Presse tut, kann ich nicht verhindern, aber so lange ich an dieser Stelle stehe, werde ich die guten Traditionen jedemal wieder den Abgeordneten gegenüber antrete erhalten. — Abg. Müller-Sagan geht sodann auf die Personalreform ein, die sich dahin zu reduzieren scheine, daß den Ämtern "Über" genommen und daß ihnen noch länger vorwurftreiche Dienstzeit eingeräumt werden. — Abg. Dr. Häfele (natr. lib.) spricht sich zunächst gegen jede neue Tarifänderung aus, man müsse erst das Ergebnis der letzten Tarifreform abwarten. Weiter beschwert sich Redner über Beleidigungen unseres Vertreters mit Sidiqullah etwals Englands, Verleumdung des Briefgeheimnisses. Zu seiner Überprüfung sei im englischen Unterhaus am 21. Januar öffentlich erfasst worden, es sei von hier aus seine Beschwerde in England eingelaufen, fermer seien Postsendungen über Holland noch Süditalien nicht befördert worden. Es seien Spionage und Diebstahl erfolgt, die Interessenten müßten entschädigt werden. — Staatssekretär Kräfle: Im Jahre 1900 sind Briefe von Deutschland nach der Delegationsabteilung geöffnet worden. Auf Beschwerde von hier aus wurde Unterredung angezeigt und ist auch erfolgt. Es ist uns versichert worden, daß die Öffnung auf Unerschwerlichkeit der betr. Beamten zurückzuführen sei. Auch solle der Lieberland abgeteilt werden. Neuerdings ist dennoch wieder Aehnliches vorgekommen und unsererseits darüber Beschwerde erhoben worden; darauf ist eine Antwort noch nicht erfolgt. Was unserer direkten Vertreter mit unseren Kolonien anlangt, so haben wir diese Fortschritte eingerichtet. Das ist mal unsere geschlossenen Beute englischerseits geöffnet worden seien, wie der Vorredner behauptet, davon ist mit nichts bekannt. Der Vorredner hat dann von englischer Spionage in Hamburg gesprochen, auch das ist sicherlich nicht bekannt.